

Vielsagende Abstimmung über Menschheitsverbrechen

UN-Resolution zur Sklaverei offenbart globale Trennlinien. Westen versucht Debatte über Folgen und Reparationen zu unterdrücken

Von Christian Selz, Kapstadt

Die UN-Generalversammlung hat „den Handel mit versklavten Afrikanern und die rassifizierte Sklavenhaltung“ zum „schwersten Verbrechen gegen die Menschheit“ erklärt. In der federführend von Ghana und einer Reihe überwiegend afrikanischer Staaten eingebrachten Resolution wird dies begründet mit „dem maßgeblichen Bruch in der Weltgeschichte, dem Ausmaß, der Dauer, der systematischen Art, der Brutalität und den anhaltenden Folgen, die weiterhin das Leben aller Menschen durch rassifizierte Arbeits-, Besitz- und Kapitalregime bestimmen“.

Angenommen wurde die (rechtlich nicht bindende) Resolution am 25. März 2026, dem Internationalen Gedenktag für die Opfer des transatlantischen Sklavenhandels.

Welche Relevanz das Thema hat, zeigte sich am Abstimmungsverhalten, das den globalen Verwerfungslinien folgte. Die deutliche Mehrheit von 123 Jastimmen kam weitgehend aus afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten.

Die Länder des globalen Westens, überwiegend Profiteure der Sklaverei, enthielten sich fast ausnahmslos.

Das ultrarechte Regime der USA sowie seine Getreuen in Israel und Argentinien stimmten gegen den Entschluss.

Washingtons UN-Gesandter Dan Negrea schoss sich auf den Superlativ „schwerstes Verbrechen“ im Resolutionstext ein. „Die Behauptung, dass einige Verbrechen gegen die Menschheit weniger gravierend sind als andere, relativiert objektiv das Leid zahlloser Opfer und Überlebender anderer Greuelthaten“, erklärte der US-Vertreter. Neben dieser – insbesondere mit Blick auf den Holocaust auch von europäischen Stimmen vorgebrachten – moralischen Argumentation zog sich Negrea auf das legalistische Argument zurück: Die USA „erkennen kein legales Recht auf Reparationen für historisches Unrecht an, das nach dem Völkerrecht der Zeit, als es passierte, nicht illegal war“, konstatierte er. Auch dieser Ansatz ist nicht neu.

Die deutsche Bundesregierung etwa wehrt sich unter diesem Vorwurf seit Jahrzehnten gegen Reparationsforderungen von Nachfahren der Völkermordopfer in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia.

Absurdität und Zynismus werden hier offensichtlich. Das moderne Völkerrecht entstand erst als Reaktion auf den Holocaust und die Verbrechen des Zweiten Weltkriegs, selbst die Ermordung von Millionen Juden war nach den damaligen deutschen Gesetzen nicht illegal. Reparationszahlungen flossen trotzdem, weshalb es irritieren könnte, dass Israel sich in seinem Abstimmungsverhalten den USA anschloss.

Und während Deutschland auf den Holocaust verweist, stimmte Russland als Heimatland von Millionen Opfern des Faschismus der Sklavereiresolution zu, bezeichnete sie gar als „überfällig“.

Es gehe seinem Land nicht darum, den eigenen Schmerz über den anderer zu stellen, man dokumentiere nur historische Fakten, erklärte der ghanaische Außenminister Samuel Okudzeto Ablakwa im Gespräch mit der *BBC*. „Wir wollen Gerechtigkeit für die Opfer“ betonte er und verlangte, dass mit Reparationszahlungen Bildungs- und Ausbildungsfonds finanziert werden.

Auf den ökonomischen Aspekt ging auch UN-Generalsekretär António Guterres ein, der festhielt, dass der Reichtum vieler westlicher Nationen „auf gestohlenen Leben und gestohlener Arbeit aufbaut“. Die Sklaverei sei aber „nicht einfach Zwangsarbeit gewesen, sondern eine Maschinerie der Massenausbeutung und gezielten Entmenschlichung“.

Vor allem die wirtschaftlichen Folgen der Sklaverei als Ursache globaler Ungleichheit wollen die Profiteure im Westen aus der Diskussion verdrängen. „Die Abstimmung unterstreicht die fortbestehende Trennlinie zwischen den Ländern des globalen Südens, die unter den andauernden Folgen von Kolonialgreueln, Versklavung und Sklavenhandel leiden, und vielen Ländern im globalen Norden, die keine Verantwortung übernehmen wollen“, analysiert *Human Rights Watch* treffend. Das Votum zeigt aber auch geopolitische Grabenziehungen auf: Während etwa Belarus mit Ja stimmte, enthielt sich die Ukraine. Eine Orientierung nach Westen, so scheint es, bedingt mindestens ein Stillhalten zur Sklaverei.